

Weniger Schaden durch Ladendiebe

HEPPENHEIM. Deutschen Supermärkten und Geschäften ist zuletzt durch Ladendiebstahl wieder weniger Schaden entstanden. Zwischen Juli 2009 und Juni 2010 verschwanden aus den Regalen der deutschen Einzelhändler Waren im Wert von knapp fünf Milliarden Euro, wie aus dem gestern vorgestellten Globalen Diebstahlbarometer hervorgeht. Bereinigt um die Schwankungen beim Umsatz war das ein Minus von 4,3 Prozent.

Die Verluste durch Ladendiebstahl entsprachen etwa 1,1 Prozent des Umsatzes des gesamten Einzelhandels. Pro Haushalt machten die Diebstahl-Verluste der Studie zufolge 149 Euro aus. Die meisten Verluste gingen demnach auf Kunden zurück: Sie seien für 52,7 Prozent der Kosten durch Diebstähle verantwortlich gewesen. 26,1 Prozent seien auf unehrliche Mitarbeiter zurückzuführen, der Rest auf interne Fehler (15,8 Prozent) und Lieferanten (5,4 Prozent).

Den Geschäften und ihren Ladendetektiven gingen laut Untersuchung europaweit 3,4 Millionen Ladendiebe ins Netz. Davon waren zwar nur 4 Prozent Mitarbeiter, bei den Mitarbeitern war der durchschnittliche Wert des Diebesgutes aber deutlich höher: Mit im Schnitt 1760 Euro war er 15-mal so hoch wie bei den stehenden Kunden. Geklaut wurden vor allem kleine und teure Markenartikel, weil diese einfach weiterzuverkaufen sind. AFP

Fall wird neu aufgerollt

LANDSHUT. Vor dem Landgericht Landshut beginnt heute das Wiederaufnahmeverfahren gegen vier Beschuldigte, die einen Landwirt getötet haben sollen. In einem ersten Verfahren waren die Frau des Bauern, ihre beiden Töchter und der Freund einer der Töchter im Jahr 2005 schuldig gesprochen worden, den Bauern 2001 erschlagen, zerstückelt und dann Hunden und Schweinen zum Fraß vorgeworfen zu haben. Nachdem aber im vergangenen Jahr in der Donau das Auto mit der Leiche des Mannes entdeckt worden war, musste das Urteil aufgehoben werden. Die Verteidigung will, dass aus den Haftstrafen der Verurteilten nun ein Freispruch wird. AFP

Briten ziehen Soldaten ab

LONDON. Großbritannien will innerhalb der kommenden zehn Jahre alle noch in Deutschland stationierten Soldaten endgültig abziehen. Die Hälfte der noch verbliebenen Truppen werde bis 2015 abgezogen, die restlichen Soldaten sollten das Land bis 2020 verlassen, sagte der britische Premierminister David Cameron vor dem Parlament anlässlich der Vorstellung seines Planes zur Umstrukturierung der Armee. Sein Land ist derzeit noch mit rund 20 000 Soldaten auf deutschen Militärbasen präsent. AFP

VOR 20 JAHREN



„Thüringer Allgemeine“ vom 20. Oktober 1990

„Die Treuhandanstalt Berlin steht vor einer Riesenaufgabe: Als für die Verwaltung des gesamten Volkseigentums der ehemaligen DDR zuständige Institution muß sie die Privatisierung von rund 8000 Betrieben koordinieren. Der ganze Salat ist etwa 600 Milliarden Euro wert“, sagte Treuhandchef Detlev Rohwedder.“

Linke will Grundsatzentscheidung

Bodo Ramelow zieht vor das Verfassungsgericht: Er fordert das Ende seiner Überwachung

Die Linke will ein Ende der Überwachung ihrer Parlamentarier durch den Verfassungsschutz erreichen. Gegen seine Beobachtung hat Thüringens Linke-Fraktionschef nun Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Von Kai Mudra

ERFURT/BERLIN. Bodo Ramelow dürfte Patrick Moreau ziemlich dankbar sein. Unter dem Pseudonym Peter Christian Segall veröffentlichte dieser Ende der 90er Jahre für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft im Freistaat (CDA) eine Broschüre über eine mögliche Nähe des heutigen Linke-Fraktionschefs im Thüringer Landtag zur DKP. Ramelow vermutete, dass ein Teil der Informationen nur vom Verfassungsschutz stammen konnte.

Er fragte nach und löste den Rechtsstreit aus, der ihn nun nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht führt. Nach heftigem Hin und Her war klar, dass der Thüringer Verfassungsschutz unter der Registratur P 511 327 über ihn seit 1996 eine Akte angelegt hatte, diese aber mit seiner Wahl ins Parlament 1999 endete. Ein Vernichten der Akte hatte Ramelow über Jahre per Gericht verhindert, weil er Einsicht in die Datensammlung nehmen wollte, was ihm teilweise gelang.

Für Thüringen wurde der Streit um seine Beobachtung Anfang Oktober beendet. Mit CDU-Innenminister Peter Huber habe es einen Vergleich gegeben, teilte Ramelow vor einigen Tagen mit. Dieser habe das rechtswidrige Beobachten seiner Person bestätigt.

Die Einigung verhinderte, dass Anfang November Moreau, aber



GEGENWEHR: Linke-Politiker Bodo Ramelow (links) und Gregor Gysi wollen sich nicht länger vom Verfassungsschutz beobachtet sehen. Foto: dapd

Soll die Linke weiterhin beschattet werden?

Ja



Nein

01378 / 90 44 60

50 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom

01378 / 90 44 61

auch der damalige Verfassungsschutzchef Helmut Roewer vor Gericht aussagen müssen.

Gestern nun legten in Berlin Ramelow und der Linke-Fraktionschef im Bundestag Gregor Gysi nach. Denn der Thüringer Abgeordnete wurde auch während seiner Zeit im Bundestag vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln beobachtet und auch dagegen wehrt sich Ramelow vor Gericht.

Ein sogenanntes Organklageverfahren der Linke-Bundestagsfraktion ist deshalb bereits beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängig. Nun kommt noch eine Verfassungsbeschwerde hinzu, da das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im Juli die Beobachtung von Ramelow durch das Bundesamt für Verfassungsschutz für recht- und verhältnismäßig erklärt hatte.

„Karlsruhe soll eine Grundsatzentscheidung treffen, ob der Verfassungsschutz ohne Anhaltspunkte Abgeordnete beobachten darf“, begründete Bodo Ramelow seinen Schritt gestern der Thüringer Allgemeine. „Ich habe mir bisher nichts zu schulden kommen lassen und werde trotzdem beobachtet.“

Gysi kritisierte die anhaltende Beobachtung der Linke-Fraktion durch den Verfassungsschutz als „eine Stigmatisierung, um potenzielle Mitglieder und Wähler abzuschrecken“.

Den Vorwurf, damit auch die Beobachtung rechtsextremer Parteien zu erschweren, weist Ramelow zurück. „Ich will weder das Parlament abschaffen noch die Demokratie, noch ein Einparteiensystem einführen.“

Scharfe Kritik kam dagegen von Thüringens CDU-Generalsekretär Mario Voigt. Er verteidigte die Beobachtung, weil die Linke-Partei antidemokratische Tendenzen aufweise.

Fünf Passagiere verletzt

SCHKEUDITZ. Bei einem Flug von Frankfurt am Main zum Flughafen Leipzig/Halle sind fünf Passagiere leicht verletzt worden. Die Reisenden wurden mit Kreislaufproblemen und Ohrenschmerzen in Krankenhäusern behandelt, sagte ein Sprecher der Lufthansa. Während des Fluges sei es zu Unregelmäßigkeiten im Kabinendruck gekommen. Die Crew habe sich deshalb zu einer „direkten Landung“ in Leipzig/Halle entschieden, ohne dabei in eine Warteschleife zu müssen. Nach der Landung, die reibungslos verlaufen sei, sei das Flugzeug vom Typ Boeing 737 an die Parkposition auf dem Vorfeld gerollt. Alle Passagiere hätten die Kabine verlassen können. Die Ursache für den Vorfall war zunächst noch unklar. An Bord der Boeing mit der Flugnummer 1104 befanden sich 70 Passagiere und fünf Crewmitglieder.

Hotelier setzt Paar vor die Tür

HOF. Ein Hotelier im bayerischen Hof soll zwei junge Urlauber vor die Tür gesetzt haben, weil diese aus Berlin-Kreuzberg stammen. Der 36-jährige Musiker und seine Freundin, eine Lehramtsstudentin, waren nach dem Einchecken im Hotel noch etwas Trinken gegangen. Als sie zurückkamen, habe sie der Wirt vor die Tür gesetzt. „Weil er inzwischen herausgefunden hat, dass wir aus Kreuzberg stammen“, sagte die Urlauberin. Die beiden zeigten sich schockiert über das Verhalten des Hoteliers. Die Stadt entschuldigte sich bei den Urlaubern. Als Wiedergutmachung wurde das Paar zu einem Verwöhnwochenende in ein anderes Hotel eingeladen. AFP

22-Jährige verschleppt

NÜRNBERG. Ein mehrfach vorbestrafter Sexualverbrecher aus dem Raum Nürnberg soll eine 22-jährige Frau in Bayern entführt, sexuell missbraucht und in den Norden verschleppt haben. Das Opfer war gestern nach einem Schwächeanfall in Glücksburg bei Flensburg von Sanitätern versorgt worden. Bei dieser Gelegenheit sei der 48-jährige Sexualverbrecher mit dem Wagen der Frau geflüchtet, teilte die Polizei mit. Nach dem Täter wird bundesweit gefahndet. dapd

Anwälte wollen Freispruch

AMSTERDAM. Im Prozess gegen den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders wegen mutmaßlicher Hetze gegen Muslime haben dessen Verteidiger einen Freispruch gefordert. Wilders übe nur sein Recht auf Meinungsfreiheit aus, sagte dessen Anwalt. Wilders weist die Vorwürfe mit der Begründung zurück, seine Ansichten zum Islam seien durch Experten und akademische Untersuchungen gestützt. Das Urteil wird für den 5. November erwartet. dapd/AFP

Schwan löst Unfälle aus

OLDENBURG. Ein „notgelandeter“ Schwan hat auf einer Autobahn in Niedersachsen eine Serie an Unfallfällen ausgelöst. Auf der Autobahn A 1 wurden drei Fahrzeuge von dem Tieres in die Fahrbahn gedrückt. Der Schwan war offenbar orientierungslos auf einer Fahrspur niedergegangen. Ein Autofahrer aus Sachsen-Anhalt bremste – und löste damit die Unfallserie aus. Während der Unfallaufnahme blieb der Schwan seelenruhig auf der Fahrbahn hocken. dapd

Innenminister erregt „Stuttgart 21“-Gegner

De Maizière spricht von missbrauchtem Demonstrationsrecht / Grüne und Linke reagieren mit heftiger Kritik

STUTTGART. Die Grünen haben verärgert auf die Demonstranten-Schelte von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) reagiert. Es sei ein „trauriger Offenbarungseid, wenn ausgerechnet der Verfassungsminister der Republik Menschen beschimpft“, die in Stuttgart in friedlicher Form ihr Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit wahrnahmen, sagte Parteichef

Cem Özdemir. Er wundere sich, dass es der Innenminister offenbar in Ordnung finde, wenn auf Schüler „mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Prügelstöcken losgegangen wird“.

Der Innenminister hatte sich über die Proteste gegen „Stuttgart 21“ beklagt. „Was mir Sorgen macht, ist die Senkung der Gewaltschwelle bei den Demonstrationen“, sagte de Maizière im ZDF. Wenn Tausende Schüler

von ihren begüterten Eltern Krankenschreibungen bekämen, um zu demonstrieren, „dann ist das ein Missbrauch des Demonstrationsrechts“.

Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Linken-Bundestagsfraktion, forderte den Innenminister auf, demokratische Rechte zu respektieren. De Maizière müsse „begreifen, dass die demokratischen Rechte der Bevölkerung sich nicht darin erschöpfen, alle paar Jahre wählen zu gehen“, erklärte Korte. Er warf dem CDU-Politiker überdies mit Blick auf den Polizeieinsatz bei der Demonstration im September vor, er verdrehe „die Realitäten auf perfide Weise und tritt Grundrechte mit Füßen“.

Kritisch äußerte sich de Maizière auch zur Schlichtung durch den früheren CDU-Generalsekretär Heiner Geißler: „Es kann nicht sein, dass die handelnden Politiker die Idioten sind, und die ehemaligen Politiker sind die Heiligen.“ Es habe für „Stuttgart 21“ ein umfangreiches Planungsverfahren mit Bürgerbeteiligung gegeben.

Die baden-württembergische SPD-Fraktion will Ende Oktober einen Untersuchungsausschuss zum umstrittenen Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten vom 30. September beantragen. dapd/AFP

Reformation am Hindukusch

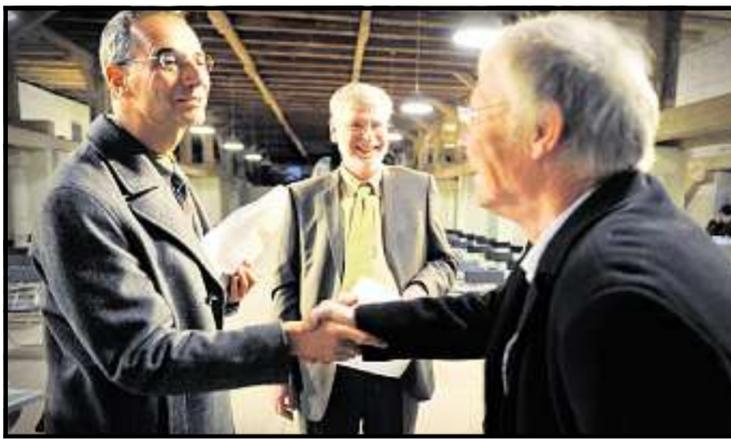
Über Luthers Haltung zum Krieg debattierten gestern Michael Wolffsohn und Edelbert Richter

Zur Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum im Jahre 2017 startete unsere Zeitung gestern ein neues Forum, bei dem Thesen von Reformator Martin Luther an Fragen der Gegenwart gemessen werden. Gestern stand Luthers Haltung zum Krieg im Vordergrund, die höchst aktuell am Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gespiegelt wurde.

Von Karsten Jauch

ERFURT. In der angestrahnten Klosterkirche St. Peter & Paul wurde am gestrigen Abend der Startschuss für eine neue Veranstaltungsreihe der „Thüringer Allgemeinen“ gegeben. Wie zu Zeiten Luthers, der mit großer Wahrscheinlichkeit als Mönch diese Kirche besucht hatte, startete dort eine Diskussionsrunde, bei der sich die Gesprächspartner wie zu Luthers Zeiten als Disputanten gegenüberstanden.

Eingeladen waren der Historiker Michael Wolffsohn von der Universität der Bundeswehr in München sowie der Theologe Edelbert Richter aus Weimar. Die Gesprächsleitung lag in den Händen von Thomas A. Seidel, dem Luther-Beauftragten der Thüringer Landesregierung, und von TA-Chefredakteur Paul-Josef Raue.



FORUM: Historiker Michael Wolffsohn (links), Theologe Edelbert Richter (rechts) und TA-Chefredakteur Paul-Josef Raue (Mitte). Foto: Sascha Fromm

Als Referenz an den großen Reformator markierten kleine Luther-Figuren die Stehpulte der Disputanten. Die etwa einen Meter hohen Plastiken, die als Kunstaktion noch vor wenigen Wochen den Wittenberger Marktplatz schmückten, waren in den Farben Blau und Rot gehalten.

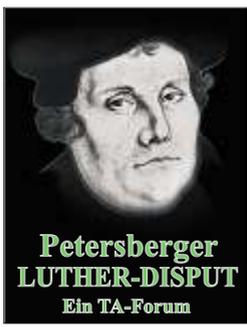
Auch wenn diese Farben oft für militärische Karten genutzt wurden, um die feindlichen Linien zu kennzeichnen, war die gestrige Debatte alles andere als konfliktuös. Im Mittelpunkt

Aus Sicht des Weimarer Theologen und früheren Bundestagsabgeordneten sei folglich der Krieg am Hindukusch ungerecht: „Wir wissen ganz genau, dass der Krieg der USA gegen Afghanistan nicht ihrer Verteidigung dient, sondern ihren globalen Herrschaftsinteressen.“ „Das Ausschalten der Taliban-Tyrannie und des von ihr geförderten weltweiten Terrorismus in Afghanistan war als Ziel richtig“, widersprach hingegen Michael Wolffsohn.

„Luther war ein kriegerischer Mann“, sagte Michael Wolffsohn. Ihn nachträglich umzuwenden ginge nicht. Dem entgegen Edelbert Richter: „Luthers Polemik darf man nicht mit seinem Denken verwechseln.“ Wolffsohn reagierte zu Luthers Anschauungen: „Das ist eine Ethik, die ich nicht nachvollziehen kann.“ Dass Luther als ein Anhänger des irdischen Friedens anzusehen wäre, könne er nicht erkennen.

Eine Fortsetzung der Veranstaltungsreihe ist schon im Dezember geplant. Im Mittelpunkt stehen dann Luthers Thesen zu Maria. Als Disputant eingeladen ist dann unter anderem der Benediktinerpater Anselm Grün aus der Abtei Münsterschwarzach in Unterfranken.

Einen Video-Mitschnitt des Disputats finden Sie im Internet. @ TA-Internetservice: www.thueringer-allgemeine.de



Petersberger LUTHER-DISPUT Ein TA-Forum